

## 21 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt 24. 5. 1995

# Regierungsvorlage

### **PROTOKOLL ZUR ABÄNDERUNG DES AM 20. DEZEMBER 1966 IN WIEN UNTERZEICHNETEN ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH SPANIEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

DIE Republik Österreich und das Königreich Spanien,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Protokoll zur Abänderung des am 20. Dezember 1966 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu schließen,

HABEN folgendes vereinbart:

1. Artikel 2 des Abkommens wird aufgehoben und durch die folgende Bestimmung ersetzt:

#### **„Artikel 2**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaates, seiner Gebietskörperschaften oder seiner Verwaltungsbezirke erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

a) in Österreich:

1. die Einkommensteuer;
2. die Körperschaftsteuer;
3. die Grundsteuer;
4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken.

b) in Spanien:

1. die Einkommensteuer für natürliche Personen (el Impuesto sobre la Renta de las Personas Físicas);
2. die Körperschaftsteuer (el Impuesto sobre Sociedades);
3. die Vermögensteuer (el Impuesto sobre el Patrimonio);
4. die örtlichen Abgaben vom Einkommen und vom Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden teilen einander die in ihren Steuergesetzen eintretenden wesentlichen Änderungen mit.“

2. In Absatz 1 des Artikels 3 wird lit. a) aufgehoben und durch die folgende Bestimmung ersetzt:

„a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Spanien; bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich; bedeutet der Ausdruck „Spanien“ den spanischen Staat und, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet des spanischen Staates unter Einschluß sämtlicher Gebiete außerhalb der Hoheitsgewässer hinsichtlich derer der spanische Staat, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und unter Anwendung seiner innerstaatlichen Gesetzgebung, die Rechtsprechung oder Hoheitsrechte hinsichtlich des Meeresgrundes, des Meeresuntergrundes und der darüberliegenden Gewässer und deren Bodenschätze ausübt oder künftig ausüben wird;“

3. Artikel 11 des Abkommens wird aufgehoben und durch die folgende Bestimmung ersetzt:

#### „Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften, seiner Verwaltungsbezirke oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.“

4. Artikel 24 des Abkommens wird aufgehoben und durch die folgende Bestimmung ersetzt:

#### „Artikel 24

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Spanien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b) und c) diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus;

b) bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Spanien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Spanien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Spanien bezogenen Einkünfte entfällt;

c) Dividenden, die unter Artikel 10 Absatz 2 lit. a) fallen und von einer in Spanien ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind nach den in Österreich maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen von der österreichischen Besteuerung auszunehmen;

## 21 der Beilagen

3

d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Spanien wird die Doppelbesteuerung nach den in Spanien maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen wie folgt vermieden:

a) bezieht eine in Spanien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Spanien auf die vom Einkommen oder Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich tatsächlich gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt;

b) bei Dividenden, die von einer in Österreich ansässigen Gesellschaft an eine in Spanien ansässige Gesellschaft gezahlt werden, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der ausschüttenden Gesellschaft verfügt, wird bei der Ermittlung des anzurechnenden Betrages, neben der nach lit. a) dieses Absatzes anzurechnenden Steuer, jener Teil der auf die Dividenden entfallenden Steuer einbezogen, die von der erstgenannten Gesellschaft für die der Dividendenzahlung zugrundeliegenden Gewinne tatsächlich gezahlt wird, sofern dieser Steueranteilbetrag in die Steuerbemessungsgrundlage der empfangenden Gesellschaft einbezogen wird.

Der anzurechnende Betrag darf, zusammen mit dem für diese Dividende nach lit. a) dieses Absatzes anzurechnenden Betrag, den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Einkommensteuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich der Besteuerung unterliegen, entfällt.

Voraussetzung für die Anwendung dieser Bestimmung ist, daß die Beteiligung an der ausschüttenden Gesellschaft während der beiden Steuerjahre, die dem Tag der Auszahlung der Dividenden vorangehen, ununterbrochen bestanden hat.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Spanien ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Spanien auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Spanien bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(3) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht und die in diesem Staat als Einkünfte betrachtet werden, die auf Grund dieses Abkommens im anderen Staat zu besteuern sind, dürfen dessenungeachtet im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn der andere Vertragsstaat diese Einkünfte nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens auf Grund dieses Abkommens von der Steuer befreit.“

5. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Madrid ausgetauscht.

Das Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft, und seine Bestimmungen finden auf die Steuern aller Veranlagungsjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Die Bestimmungen der Ziffer 3 dieses Protokolls, die sich auf Artikel 11 beziehen, finden auf Einkünfte Anwendung, die am oder nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden oder am oder nach dem 1. Jänner 1995 bezogen werden, wobei der jeweils frühere Zeitpunkt maßgebend ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien am 24. Februar 1995, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, spanischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

**Dr. Wolfgang Nolz**

Für das Königreich Spanien:

**Dr. Miguel Angel Ochoa Brun**

**PROTOCOLO POR EL QUE SE MODIFICA EL CONVENIO ENTRE LA  
REPUBLICA DE AUSTRIA Y EL REINO DE ESPAÑA PARA EVITAR LA DOBLE  
IMPOSICION CON RESPECTO A LOS IMPUESTOS SOBRE LA RENTA Y SOBRE  
EL PATRIMONIO, FIRMADO EN VIENA EL 20 DE DICIEMBRE DE 1966**

La República de Austria y el Reino de España

DESEANDO concluir un Protocolo para modificar el Convenio entre la República de Austria y el Reino de España para Evitar la Doble Imposición con respecto a los Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, firmado en Viena el 20 de diciembre de 1966 (en adelante «el Convenio»);

HAN ACORDADO lo siguiente:

1. Se suprime el Artículo 2 del Convenio y se sustituye por lo siguiente:

**«Artículo 2**

(1) El presente Convenio se aplica a los Impuestos sobre la Renta y el Patrimonio exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Se consideran Impuestos sobre la Renta y sobre Patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del patrimonio o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles o inmuebles, los impuestos sobre el importe de sueldos o salarios pagados por las empresas, así como los impuestos sobre las plusvalías.

(3) Los impuestos actuales a los que concretamente se aplica este Convenio son:

a) en Austria:

1. el impuesto sobre la renta (die Einkommensteuer);
2. el impuesto sobre sociedades (die Körperschaftsteuer);
3. el impuesto sobre los terrenos (die Grundsteuer);
4. el impuesto sobre las empresas agrícolas o forestales (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
5. el impuesto sobre el valor de los solares desocupados (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

b) en España:

1. el Impuesto sobre la Renta de las Personas Físicas;
2. el Impuesto sobre Sociedades;
3. el Impuesto sobre el Patrimonio;
4. los impuestos locales sobre la renta y el patrimonio.

(4) El Convenio se aplicará igualmente a los impuestos de naturaleza idéntica o análoga que se establezcan con posterioridad a la fecha de la firma del mismo y que se añadan a los actuales o les sustituyan. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán mutuamente las modificaciones significativas que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.»

2. Se suprime al apartado a) del párrafo 1 del Artículo 3 y se sustituye por lo siguiente:

- «a) los términos «un Estado Contratante» y «el otro Estado Contratante» significan Austria o España según se desprenda del contexto; el término «Austria» significa la República de Austria; el término «España» significa el Estado Español y cuando se emplea en sentido geográfico, el territorio del Estado Español incluyendo cualquier zona exterior a su mar territorial en la que, de acuerdo con el derecho internacional y en virtud de su legislación interna, el Estado Español ejerza o pueda ejercer en el futuro jurisdicción o derechos de soberanía respecto del fondo marino, su subsuelo y aguas suprayacentes, y sus recursos naturales;».

3. Se suprime el Artículo 11 del Convenio y se sustituye por lo siguiente:

**«Artículo 11**

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Sin embargo, estos intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 5 por 100 del importe de los intereses. Las Autoridades competentes de los Estados Contratantes establecerán, de mutuo acuerdo, la forma de aplicar este límite.

## 21 der Beilagen

5

(3) El término «intereses», empleado en este Artículo, comprende los rendimientos de la Deuda Pública, de los bonos u obligaciones con o sin garantía hipotecaria y con derecho o no a participar en beneficios, y de los créditos de cualquier clase, así como cualquier otra renta que la legislación fiscal del Estado de donde procedan los intereses asimile a los rendimientos de las cantidades dadas a préstamo.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario de los intereses, residente de un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del que proceden los intereses, un establecimiento permanente con el que el crédito que genera los intereses esté vinculado efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del Artículo 7.

(5) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, una de sus subdivisiones políticas, una de sus entidades locales o un residente del mismo. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la deuda que da origen a los intereses, y este establecimiento soporte el pago de los mismos, los intereses se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

(6) Cuando debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de los intereses o entre ambos y cualquier otra persona, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición, de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.»

4. Se suprime el Artículo 24 del Convenio y se sustituye por lo siguiente:

## «Artículo 24

(1) En Austria, la doble imposición se evitará de la siguiente manera:

- a) Cuando un residente de Austria obtenga rentas o posea elementos patrimoniales que, con arreglo a las disposiciones del presente Convenio, puedan someterse a imposición en España, Austria dejará exentas estas rentas o este patrimonio, sin perjuicio de lo dispuesto en los subapartados b) y c);
- b) cuando un residente de Austria obtenga rentas que, de acuerdo con las disposiciones de los Artículos 10, 11 y 12, pueden someterse a imposición en España, Austria deducirá del impuesto que grave las rentas de este residente un importe equivalente al impuesto pagado en España. Sin embargo, esta deducción no puede exceder de la parte del impuesto, calculado antes de la deducción, correspondiente a las rentas obtenidas en España;
- c) los dividendos, a los que hace referencia el párrafo 2, subapartado a) del Artículo 10, pagados por una sociedad residente de España a una sociedad residente de Austria estarán, de conformidad con las disposiciones aplicables contenidas en la legislación austríaca, exentos del impuesto austríaco;
- d) cuando de conformidad con cualquier disposición del Convenio, las rentas obtenidas por un residente de Austria o el patrimonio que posea estén exentos de impuestos en Austria, Austria puede, no obstante, tener en cuenta las rentas o el patrimonio exentos a efectos de calcular el importe del impuesto sobre el resto de las rentas o patrimonio de este residente;

(2) En España la doble imposición se evitará, de acuerdo con las disposiciones aplicables contenidas en la legislación española, de la siguiente manera:

- a) cuando un residente de España obtenga rentas o posea elementos patrimoniales que, con arreglo a lo dispuesto en el presente Convenio, puedan someterse a imposición en Austria, España permitirá la deducción del impuesto sobre las rentas o el patrimonio de ese residente de un importe igual al impuesto efectivamente pagado en Austria.  
No obstante, dicha deducción no podrá exceder de la parte del impuesto sobre la renta o sobre el patrimonio, calculado antes de la deducción correspondiente, según sea el caso, a las rentas o al patrimonio que pudieran estar sometidos a imposición en Austria;
- b) cuando se trate de dividendos pagados por una sociedad residente de Austria a una sociedad residente de España y que detente directamente al menos el 25 por ciento del capital de la sociedad que pague los dividendos, para la determinación del crédito fiscal se tomará en consideración, además del importe deducible con arreglo al subapartado a) de este apartado, la parte del impuesto efectivamente pagado por la sociedad mencionada en primer lugar respecto de los beneficios con cargo a los cuales se pagan los dividendos, en la cuantía correspondiente a tales dividendos, siem-

pre que dicha cuantía se incluya, a estos efectos, en la base imponible de la sociedad que percibe los mismos.

Dicha deducción, juntamente con la deducción aplicable respecto de los dividendos con arreglo al subapartado a) de este apartado, no podrá exceder de la parte del impuesto sobre la renta, calculado antes de la deducción, imputable a las rentas sometidas a imposición en Austria.

Para la aplicación de este subapartado será necesario que la participación en la sociedad pagadora de los dividendos se mantenga de forma continuada durante los dos años fiscales anteriores al día en que se pagan los dividendos;

- c) cuando con arreglo a cualquier disposición del Convenio, las rentas obtenidas por un residente de España o el patrimonio que posea estén exentos de imposición en España, España podrá, no obstante, tomar en consideración las rentas o el patrimonio exentos para el cálculo del impuesto sobre el resto de las rentas o el patrimonio de dicho residente.

(3) Las rentas obtenidas por un residente de un Estado Contratante, que sean consideradas por ese Estado Contratante como sujetas a imposición de acuerdo con el presente Convenio en el otro Estado, pueden, no obstante, someterse a imposición en el primer Estado si, después de desarrollado un procedimiento amistoso, el otro Estado Contratante eximiera dichas rentas de imposición en virtud de este Convenio.»

5. El presente Protocolo será ratificado, y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Madrid lo antes posible.

El Protocolo entrará en vigor el primer día del segundo mes siguiente a aquel en que se produzca el intercambio de instrumentos de ratificación y sus disposiciones surtirán efecto con respecto a los impuestos correspondientes a cualquier período impositivo que comience con posterioridad al 31 de diciembre del año natural en que tuviera lugar el intercambio de instrumentos de ratificación.

Las disposiciones del número 3 de este Protocolo, relativas al Artículo 11, surtirán efecto en relación con las rentas obtenidas a partir de la fecha en que se produzca el intercambio de los instrumentos de ratificación, pero nunca más tarde del 1 de enero de 1995, cualquiera que fuere la primera.

EN FE DE LO CUAL los Plenipotenciarios de los Estados Contratantes, debidamente autorizados al efecto, han firmado y sellado el presente Protocolo.

HECHO en Viena, el 24 de febrero de 1995, por duplicado en lengua alemana, española e inglesa, siendo todos los textos igualmente fehacientes. En caso de divergencia entre los textos, prevalecerá el texto inglés.

Por la República de Austria:

**Dr. Wolfgang Nolz**

Por el Reino de España:

**Dr. Miguel Angel Ochoa Brun**

**PROTOCOL AMENDING THE CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE KINGDOM OF SPAIN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL, SIGNED AT VIENNA ON 20 DECEMBER 1966**

The Republic of Austria and the Kingdom of Spain

DESIRING to conclude a Protocol to amend the Convention between the Republic of Austria and the Kingdom of Spain for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital, signed at Vienna on 20 December, 1966 (hereinafter referred to as "the Convention");

HAVE agreed as follows:

1. Article 2 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

**"Article 2**

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

## 21 der Beilagen

7

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amount of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

1. the income tax (die Einkommensteuer);
2. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
3. the land tax (die Grundsteuer);
4. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
5. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

b) in Spain:

1. the income tax on individuals (el Impuesto sobre la Renta de las Personas Físicas);
2. the corporation tax (el Impuesto sobre Sociedades);
3. the capital tax (el Impuesto sobre el Patrimonio);
4. local taxes on income and on capital.

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of significant changes which have been made in their respective taxation laws."

2. Subparagraph a) of paragraph 1 of Article 3 shall be deleted and replaced by the following:

"a) the terms "one Contracting State" and "the other Contracting State" mean Austria or Spain as the context requires; the term "Austria" means the Republic of Austria; the term "Spain" means the Spanish State, and when used in a geographical sense, the territory of the Spanish State, including any area outside the territorial sea upon which, in accordance with international law and on application of its domestic legislation, the Spanish State exercises or may exercise in the future jurisdiction or sovereign rights with respect to the seabed, its subsoil and superjacent waters, and their natural resources;"

3. Article 11 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

#### **"Article 11**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term "interest" as used in this Article means income from government securities, from bonds or debentures, even if secured by mortgage or carrying a right to participate in profits, and from debt-claims of every kind, as well as other income assimilated to income from money lent by the tax law of the State in which the income arises.

(4) Paragraphs 1 and 2 are not to be applied if the recipient of the interest, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim from which the interest arises is effectively connected. In such case, Article 7 shall apply.

(5) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its political subdivisions, one of its local authorities or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred in a Contracting State and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it

is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention."

4. Article 24 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

**"Article 24**

(1) In Austria, double taxation will be avoided as follows:

- a) where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Spain, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) and c), exempt such income or capital from tax;
- b) where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in Spain, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Spain. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from Spain;
- c) dividends covered by paragraph 2 subparagraph a) of Article 10 and paid by a company resident in Spain to a company resident in Austria shall, in accordance with the relevant provision of the law in Austria, be exempt from Austrian tax;
- d) where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital;

(2) In Spain, double taxation will be avoided, in accordance with the relevant provisions of the law in Spain, as follows:

- a) where a resident of Spain derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Austria, Spain shall allow as a deduction from the tax on the income or on the capital of that resident, an amount equal to the tax effectively paid in Austria. Such deduction shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria;
- b) in the case of a dividend paid by a company which is a resident of Austria to a company which is a resident of Spain and which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividend, in the computation of the credit it shall be taken into account, in addition to the tax creditable under subparagraph a) of this paragraph, that part of the tax effectively paid by the first-mentioned company on the profits out of which the dividend is paid, which relates to such dividend, provided that such amount of tax is included, for this purpose, in the taxable base of the receiving company.  
Such deduction, together with the deduction allowable in respect of the dividend under subparagraph a) of this paragraph, shall not exceed that part of the income tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income subject to tax in Austria.  
For the application of this subparagraph it shall be required that the participation in the company paying the dividend is held on a continuous basis during the two taxable years prior to the day of payment of the dividend;
- c) where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Spain is exempt from tax in Spain, Spain may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(3) Income derived by a resident of a Contracting State which is considered by that State to be taxable under this Convention in the other State may nevertheless be taxed in the first-mentioned State if, after the conduct of a mutual agreement procedure, the other Contracting State exempts that income from tax by virtue of this Convention."

5. This Protocol shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Madrid as soon as possible.

The Protocol shall enter into force on the first day of the second month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of



taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

The provisions of number 3 of this protocol, relating to Article 11 shall have effect in relation to income derived on or after the date at which the exchange of instruments of ratification takes place or on or after the first day of January 1995, whichever is first.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed the present Protocol and affixed thereto their seals.

DONE in duplicate at Vienna this 24<sup>th</sup> day of February 1995 in the German, Spanish and English languages, all the texts being equally authentic. In case of divergence between any of the texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

**Dr. Wolfgang Nolz**

For the Kingdom of Spain:

**Dr. Miguel Angel Ochoa Brun**

## VORBLATT

**Problem:**

Durch die Rechtsfortentwicklung im innerstaatlichen Recht Österreichs und Spaniens, aber auch zur Anpassung des Abkommens an das OECD-Musterabkommen im Bereiche der Besteuerung von Zins-einkünften ist eine Revision des aus dem Jahre 1966 stammenden Doppelbesteuerungsabkommens vor-dringlich geworden.

**Ziel:**

Durch die vorgeschlagene Änderung soll die steuerliche Motivation für eine Kapitalflucht, hervor-gerufen durch die nicht OECD-konforme Zuteilungsregel des Besteuerungsrechtes für Zinsen aus Staatsan-leihen beseitigt werden.

**Inhalt:**

Das Abänderungsprotokoll orientiert sich inhaltlich an Grundsätzen, die vom Fiskalkomitee der Or-ganisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet wurden und mittler-weile internationale Anerkennung gefunden haben.

**Alternativen:**

Keine.

**Kosten:**

Es sind keine nennenswerten Kosten zu erwarten.

**Konformität mit EU-Recht:**

Es besteht keine Unvereinbarkeit mit EU-Rechtsnormen, da die Beseitigung der Doppelbesteuerung innerhalb der Gemeinschaft gemäß Art. 220 Unterabs. 2 des EG-Vertrages durch bilaterale Verträge zu regeln ist.

## Erläuterungen

### I. Allgemeiner Teil

Die steuerlichen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Spanien werden gegenwärtig durch das Abkommen vom 20. Dezember 1966, BGBl. Nr. 395/1967, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen geregelt.

Eine Abkommensrevision ist durch Entwicklungen im österreichischen und im spanischen Steuerrecht erforderlich geworden.

Ein Revisionserfordernis hat sich vor allem auch dadurch ergeben, daß eine nicht OECD-konforme Regelung bei der Zuteilung der Besteuerungsrechte für Zinsen aus Staatsanleihen zu einer Doppelbesteuerung und damit zu vermehrten steuerlich motivierten Kapitalabflüssen nach Spanien führte.

Das Protokoll zur Änderung des zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Spanien am 20. Dezember 1966 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Es hat nicht politischen Charakter und enthält weder verfassungsändernde noch verfassungsergänzende Bestimmungen. Alle seine Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert, sodaß eine Beschlußfassung gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages werden im wesentlichen keine belastenden finanziellen und keine personellen Wirkungen verbunden sein.

### II. Besonderer Teil

#### Zu 1:

Die durch das Revisionsprotokoll vorgesehene Änderung in Art. 2 des Abkommens trägt den Entwicklungen in der nationalen Steuergesetzgebung beider Vertragsstaaten Rechnung. Die beispielhafte Aufzählung der in den sachlichen Anwendungsbereich fallenden Steuern wird aktualisiert.

#### Zu 2:

Durch diese Änderung des Art. 3 des Abkommens wird der territoriale Anwendungsbereich in bezug auf Spanien neu definiert.

#### Zu 3:

Der durch diese Bestimmung des Revisionsprotokolls geänderte Art. 11 des Abkommens wird durch eine OECD-konforme Regelung ersetzt. Demnach werden Zinsen im Wohnsitzstaat des Zinsempfängers besteuert. Daneben hat der Quellenstaat, wie auch in der bisherigen Regelung, ein 5%iges Quellenbesteuerungsrecht. Die frühere Bestimmung, nach der für Zinsen aus Staatsanleihen der Schuldnerstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht hatte, entfällt ersatzlos.

#### Zu 4:

Der durch das Revisionsprotokoll geänderte Art. 24 regelt die Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in bezug auf Spanien neu. Der nunmehrige Abs. 3 sieht bei Qualifikationskonflikten zur Vermeidung von Besteuerungslücken ein Besteuerungsrecht des Wohnsitzstaates vor. Da der Wohnsitz-

12

21 der Beilagen

staat dieses Besteuerungsrecht aber nur nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens in Anspruch nehmen kann, ist gewährleistet, daß die Nichtbesteuerung im Quellenstaat nicht bloß auf eine unrichtige Sachverhaltseinschätzung zurückzuführen ist.

**Zu 5:**

Die Regelung über die Zinsenbesteuerung soll auf jene Zinsen anwendbar sein, die am oder nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden bezogen werden, jedenfalls jedoch für alle Zinsen, die ab 1. Jänner 1995 bezogen werden.